

27.06.2024
PRESSEMITTEILUNG

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma trifft Justizminister Benjamin Limbach: Gemeinsamer Einsatz zur Ächtung des Antiziganismus

Der Vorsitzende des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, Romani Rose, traf am 24. Juni den nordrhein-westfälischen Justizminister Benjamin Limbach zu einem Gespräch über die Auswirkungen des tradierten Antiziganismus auf die Sinti und Roma in Deutschland. Beide betonten die Notwendigkeit einer entschlossenen Ächtung. Anlass des Gesprächs war ein Fall antiziganistischer Medienberichterstattung über ein Gerichtsverfahren in Köln.

Rose betonte: „Ich freue mich, dass in den letzten Jahren in der Justiz das Bewusstsein und die Sensibilität für die Gefahren des Antiziganismus gewachsen ist, der im Nationalsozialismus die Grundlage für die Verfolgung und den Holocaust an den 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa war.“

Justizminister Limbach und Rose waren sich einig, vor dem Hintergrund der Geschichte allen Formen des Antiziganismus entschlossen entgegenzutreten. Der Vorsitzende des Zentralrats bat vor diesem Hintergrund den Justizminister, als sichtbares Zeichen dieser gemeinsamen Zielsetzung auch die IHRA-Arbeitsdefinition Antiziganismus zu unterzeichnen, die 2020 als internationaler Maßstab verabschiedet wurde und seitdem bereits unter anderem von der Bundesregierung und dem Bundeskriminalamt unterzeichnet wurde.

Justizminister Benjamin Limbach betonte: „Sinti und Roma leben seit mehr als 600 Jahren in Deutschland. Sie sind Teil unserer Geschichte und bereichern unsere Kultur. Sie beanspruchen mit Recht den gleichberechtigten Zugang zum gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben. Wir in der Justiz betrachten es als unsere Aufgabe, Sinti und Roma vor Diskriminierungen zu schützen und mit den Vorurteilen aufzuräumen, die über Jahrhunderte das Leben unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger allein wegen ihrer ethnischen Wurzeln vergiftet haben.“